

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
28.04.2011
Ausschussbetreuender Fachbereich
**Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /
Ratsbüro**
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Donnerstag, 24.03.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:04 Uhr - 19:43 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2010 - öffentlicher Teil**
0073/2011
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Kampagne „Fairtrade-Towns“**
0088/2011

6. **Bundeseinheitliche Behördennummer D115**
0093/2011
7. **Entscheidung über den Antrag der „Emanzipatorischen Gruppe Conflict“ und die Anträge der Fraktionen DIE LINKE./BfBB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN von November 2010 zur Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße in Bergisch Gladbach - Refrath**
0123/2011
8. **Regulierung des Wasserstandes durch Installation einer Pumpstation im Zaubersee in Refrath**
0027/2011
9. **Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2010 in das Haushaltsjahr 2011 im Kernhaushalt**
0132/2011
10. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 24.02.2011 zur Genehmigung einer Dienstreise nach Herne**
0094/2011
11. **Genehmigung von Dienstreisen von Mitgliedern des Integrationsrates**
0095/2011
12. **Aufhebung des Handlungsrahmens für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates**
0011/2011
13. **HSK Maßnahme 4.400.3, Schülerspezialverkehre**
0121/2011
14. **Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrganges 2013**
0063/2011
15. **Anmietung einer Bewegungshalle für die VHS**
0097/2011
16. **III. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung**
0586/2010
17. **VII. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
0131/2011
18. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die Durchführung des Rettungsdienstes in Odenthal sowie über die notärztliche Versorgung in Overath, Rösrath und Kürten**
0119/2011
19. **Anträge der Fraktionen**
- 19.1 **Anträge zur Änderung der „III. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern“**

a. gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 15.02.2011

b. Antrag der FDP-Fraktion vom 15.02.2011

0070/2011

19.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/BfBB zum Beschluss eines einheitlichen Baulandmanagements

0662/2010

19.3 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ausschlusskriterien für Ehrungen

0092/2011

20. Anfragen der Ausschussmitglieder

20.1 Anfrage der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDitiative vom 19.02.2011 zu Forderungen der Stadt Bergisch Gladbach in Bezug auf die Gewerbesteuer, Grundsteuer, Gebühren und Elternbeiträge

0126/2011

20.2 Anfrage der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDitiative vom 20.02.2011 zu den Wirtschaftsplänen der BäderGmbH und der GL Service gGmbH

0125/2011

20.3 Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.02.2011 zur Wärmeversorgung des Schulzentrums Saaler Mühle

0117/2011

20.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.03.2011 zum Tourismus in Bergisch Gladbach

0135/2011

20.5 Mündliche Anfragen

(B) 5. Prüfauftrag Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH (SVB)

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:04 Uhr die neunte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Herr Willnecker (CDU), Herr Kleine (SPD) und Herr Lang (DIE LINKE./BfBB) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Höring (CDU), Frau Kreft (SPD) und Herrn Santillán (DIE LINKE./BfBB).

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 09.03.2011 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie
- die um die Antworten der Verwaltung ergänzten Fassungen der Vorlagen Nr. 0126/2011 (TOP A 20.1) und 0135/2011 (TOP A 20.4) als Tischvorlagen.

Herr Waldschmidt bittet um Darlegung, warum die Vorlage Nr. 0077/2011 als TOP B 5 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden solle. Er regt eine Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung an.

Herr Urbach erläutert, die Vorlage könne öffentlich behandelt werden. Wenn seitens der Ausschussmitglieder im Verlaufe der Beratung eine Erörterung nicht öffentlicher Angelegenheiten gewünscht werde, würden diese in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Er schlägt vor, die Vorlage nach der Behandlung von TOP A 20.5 zu behandeln.

Mit diesem Vorschlag zeigen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einvernehmlich einverstanden.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2010 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2010 - öffentlicher Teil *0073/2011*

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Urbach: Mitteilung zur Vorbereitung des Haushaltes 2012

Herr Urbach erläutert, er habe mit dem Landrat ein erstes Gespräch über die Grundlagen für den Haushalt 2012 geführt. Der Korridor freiwilliger Leistungen stelle im nächsten Jahr einen neuralgischen Punkt dar, denn auch im Haushaltsjahr 2012 müssten in diesem Bereich wiederum Kürzungen um zehn Prozent vorgenommen werden, was u.a. dazu führen könnte, dass Einrichtungen ge-

geschlossen werden müssten. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der beabsichtigten Übertragung der Trägerschaft von Einrichtungen auf Dritte, die für bestimmte Zeiträume auch Planungssicherheit benötigen, von Bedeutung. Der Landrat habe seine grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluss einer Vereinbarung hinsichtlich des Korridors der freiwilligen Leistungen signalisiert, die auf Basis eines noch zu definierenden Sockelbetrages Planungssicherheit für mehrere Jahre garantieren würde. Die Gespräche würden fortgesetzt und er werde regelmäßig über den aktuellen Sachstand informieren. Bis zu einer endgültigen Klärung könnten jedoch keine Entscheidungen bezüglich der Übertragung von Trägerschaften getroffen werden.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5. Kampagne „Fairtrade-Towns“

0088/2011

Herr Schütz fragt, ob es seitens der Stadt bereits Gespräche gegeben habe mit Unternehmen und Gastronomen, die sich an der Aktion beteiligen würden und wie verbindlich die Einhaltung der Kriterien sei.

Herr Urbach antwortet, nach Kenntnis der Verwaltung würden die vorausgesetzten Kriterien in Bergisch Gladbach überwiegend bereits jetzt erfüllt. Es sei ausreichend, wenn ein Gastronomiebetrieb ein Produkt anbiete, das die Kriterien erfülle.

Herr Ziffus weist auf die für das Projekt notwendige Beteiligungsbereitschaft des Einzelhandels hin. Die Stadt solle die Gespräche, die derzeit in anderen Angelegenheiten mit den Einzelhändlern geführt würden nutzen, um für das Projekt zu werben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt sich an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ und bewirbt sich um den Titel „Fairtrade-Stadt“. In den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sowie in den Büros des Verwaltungsvorstandes werden nur fair gehandelter Kaffee und Tee und fair gehandelte Säfte ausgeschenkt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine lokale Steuerungsgruppe zu bilden und darauf hinzuwirken, dass die Kriterien für den Titel „Fairtrade-Stadt“ zeitnah erfüllt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Teilnahme am Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ vorzubereiten.

6. Bundeseinheitliche Behördennummer D115

0093/2011

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, die Teilnahme an dem bisherigen Pilotprojekt D-115 sei grundsätzlich wünschenswert und positiv; es bestünden jedoch zwei gravierende Probleme, nämlich dass die Rufnummer 115 nicht im Rahmen der verbreiteten „Festnetz-Flatrates“ kostenfrei erreichbar sei und dass keine Weitervermittlung in die Verwaltung erfolge. Er stelle daher die Frage in den Raum, ob das Projekt tatsächlich sinnvoll sei. Diesbezüglich habe ihn die Bericht der Verwaltung nicht überzeugt; die Teilnahmekosten könnten eingespart werden.

Herr Gerhards schließt sich diesen Bedenken an; es solle jedoch abgewartet werden, ob die Umstellung auf die kostenlose Hotline eine bessere Annahme dieser Dienstleistung nach sich ziehe. Er fragt, ob die Stadt auf den Dienstleister dahingehend einwirken könne, dass dieser eine Weitervermittlung in die Verwaltung vornehme und bittet zudem um künftige regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Nutzung der Dienstleistung.

Herr Kamp erklärt sich die in der Vorlage dargestellten hohen Nutzerzahlen kurz nach dem Start der Pilotphase mit einer anfänglichen Erwartungshaltung der Anrufer, auch mit der zuständigen Verwaltungseinheit verbunden zu werden. Diese Erwartung sei jedoch nicht erfüllt worden und die Anruferzahlen deutlich gesunken. Er frage daher, ob durch die Teilnahme an der Behördennummer D-115 die Bürgerfreundlichkeit tatsächlich gestärkt oder lediglich neue Kosten verursacht worden seien. Er schlägt vor, die Stadt solle aus dem Projekt aussteigen.

Herr Urbach erläutert, der Kreis werde an dem Projekt weiter teilnehmen und es gebe insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Beratungen über die Rufnummer 115. Eine Vielzahl der unter 115 eingehenden Anrufe werde direkt abschließend beantwortet.

Herr Hoffstadt ergänzt, es handele sich um ein bundesweites Projekt, dessen Etablierung nicht kurzfristig möglich sei. Die Stadt Bergisch Gladbach solle sich weiterhin daran beteiligen und die berechtigten Fragen und Bedenken der Ausschussmitglieder zunächst zurückgestellt werden.

Auch Herr Mömkes hält es nicht für sinnvoll, nach derart kurzer Zeit aus dem Pilotprojekt auszu- steigen.

Herr Waldschmidt ergänzt, es bestehe zudem jederzeit die Möglichkeit der Kündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende. Die Verwaltung solle im Frühjahr 2012 einen Zwischenbericht vorlegen und darin dazu Stellung nehmen, ob sich die Stadt weiter an dem Projekt beteiligen solle oder nicht.

Dies wird von Herrn Urbach zugesagt.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, wenn die Stadt weiter an dem Projekt teilnehmen wolle, so müsse die einheitliche Behördennummer stärker beworben und mittelfristig auch die Vermittlungsmöglichkeit in die Verwaltung eingerichtet werden.

Herr Schütz fragt, wie die einheitliche Behördennummer bekannt gemacht worden sei, ob es eine Untersuchung dazu gebe, warum die hohen Anruferzahlen nach der Anfangsphase derart zurückge- gangen seien, ob es wie in anderen Call-Centern eine Qualitätskontrolle gebe, z.B. durch Ge- sprächsauswertungen nach vorheriger Zustimmung des Anrufers, und ob es ein Förderprogramm des Bundes zu den Kosten der einheitlichen Behördennummer gebe.

Herr Urbach antwortet, die Anruferzahlen in der Anfangsphase seien darin begründet, dass die Ruf- nummer in der Anfangsphase auf Bundesebene intensiv beworben wurde. Die Qualität des Kölner Call-Centers sei unbestritten sehr hoch; die Verwaltung könne gerne bei der Stadt Köln anfragen, ob die Möglichkeit einer Besichtigung des Call-Centers durch die Mitglieder des Haupt- und Fi- nanzausschusses bestehe. Förderprogramme für die Bewerbung der Behördennummer seien der Verwaltung nicht bekannt, allerdings könnten z.B. die von der Stadt versandten Briefumschläge oder die städtischen Briefbögen kostengünstig mit einem werbenden Aufdruck versehen werden. Die Verwaltung werde die Möglichkeiten sondieren und unabhängig von der Frage zur Möglichkeit einer Besichtigung des Call-Centers auch erfragen, ob die Einrichtung einer Weitervermittlung der Anrufe in die Verwaltung möglich sei.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, es könne auch gemeinsam mit dem Abfallkalender flächende- ckend ein Informationsblatt zur Behördennummer versendet werden.

Herr Urbach erläutert, der Hinweis werde aufgenommen.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, die Behördennummer entlaste die Mitarbeiter der Verwaltung be- reits jetzt in hohem Maße. Von einer Besichtigung des Call-Centers in Köln rate er ab; er schlage

stattdessen vor, den Leiter des Call-Centers einzuladen, damit dieser die Ausschussmitglieder mittels einer Präsentation informieren könne.

Herr Urbach entgegnet, er halte eine Besichtigung des Call-Centers für sinnvoll; zusätzlich könne auch die von Herrn Hoffstadt vorgeschlagene Präsentation erfolgen.

Herr Kamp bittet darum, auch die von der Behördennummer angebotenen Dienstleistungen darzustellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat stimmt der Fortführung des einheitlichen Behördenrufs D115 zu und erteilt der Verwaltung die Ermächtigung zum Abschluss einer entsprechenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadtverwaltung Köln.

7. **Entscheidung über den Antrag der „Emanzipatorischen Gruppe Conflict“ und die Anträge der Fraktionen DIE LINKE./BfBB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN von November 2010 zur Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße in Bergisch Gladbach - Refrath**
0123/2011

Herr Mömkes erläutert, die CDU-Fraktion lehne eine Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße ab; vor Allem, weil sich die Anwohner dagegen ausgesprochen hätten. Es handele sich um eine Nebenstraße mit geringer verkehrlicher Bedeutung, weshalb der Bürgerwille im Vordergrund stehe. Es sei zudem nicht sinnvoll, wenn sich die Stadt zum Erfüllungsgehilfen einer mehr oder weniger offen kommunistischen „Chaotentruppe“ mache.

Herr Kamp nimmt Bezug auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW, in der deutlich geworden sei, in welchem hohem Maße sich die Anwohner mit ihrer Straße und deren Benennung identifizieren, weshalb auch die Fraktion Freie Wähler den Straßennamen beibehalten wolle. Dem Willen der Anwohner solle der Haupt- und Finanzausschuss folgen.

Herr Schütz schließt sich diesen Ausführungen für die Fraktion KIDitiative an. Die durch eine Umbenennung für die Anwohner entstehende Belastung wäre unverhältnismäßig hoch. In Bezug auf eine politisch-historische Wertung schließe sich die Fraktion KIDitiative der Auffassung an, dass es sinnvoll sei, sich mit dem Namen Agnes Miegel kritisch auseinander zu setzen, um sich mit der Geschichte zu befassen, anstatt diese umzudeuten.

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen und schließe sich der Stellungnahme des Stadtarchives an. Die SPD-Fraktion komme in ihrer Abwägung zu dem Ergebnis, dass die Umbenennung vorgenommen werden solle.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass faktisch vierzehn Grundstücke von der Umbenennung betroffen wären. Wenn der Wille der Anwohner der CDU-Fraktion wirklich derart wichtig wäre, hätte sie vor einigen Jahren auch in Asselborn kein Bebauungsrecht beschließen dürfen, wogegen sich sämtliche Anwohner ausgesprochen hätten. Es sei nicht überraschend und auch nicht überzeugend, dass die Agnes-Miegel-Gesellschaft ihre Namensgeberin für eine große Poetin halte. Auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde dem Vorschlag der Verwaltung zur Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße auch vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren vorgenommenen Umbenennungen folgen.

Für Herrn Santillán ist Agnes Miegel eine Verehrerin des Nationalsozialismus. Es sei daher unerträglich, dass eine Straße in Bergisch Gladbach nach ihr benannt sei. Der Umbenennungsvorschlag der Verwaltung sei ein guter Vorschlag, dem sich die Fraktion DIE LINKE./BfBB anschließe. Straßen müssten nach Personen benannt werden, die den Menschen als Vorbild dienen können, und dieses Erfordernis werde durch eine Benennung nach Edith Stein erfüllt.

Herr Dr. Fischer erläutert, man könne Agnes Miegel vielleicht als im politischen Sinne „völkisch“ bezeichnen. Er könne jedoch ihrerseits dahingehend keinen Fehler erkennen, dass sie das nationalsozialistische System in seinen verbrecherischen Elementen derart gestützt habe, dass die Benennung einer Straße nach ihr unmöglich würde. Agnes Miegel habe als Balladendichterin große Verdienste für ihre ostpreußische Heimat erbracht. Der Wille der Anlieger der Straße solle beachtet und von einer Umbenennung abgesehen werden. Die FDP-Fraktion werde daher gegen die Umbenennung stimmen.

Herr Mömkes bittet die Verwaltung, den Namen Edith Stein in die Liste der für künftige Straßenbenennungen in Frage kommenden Namen aufzunehmen und beantragt für die CDU-Fraktion die geheime Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Herr Zalfen erläutert, er sei froh, dass die Werke von Agnes Miegel aus den Schulbüchern verschwunden seien und er wolle kein Signal setzen, das dazu führen könnte, dass ihre Werke wieder in Schulbücher aufgenommen werden.

Herr Ziffus ergänzt, Agnes Miegel habe noch im Angesicht des verbrecherischen Krieges Lobeshymnen auf Hitler geschrieben und könne daher nicht als neutrale Person betrachtet werden. Er weist darauf hin, dass es in Bergisch Gladbach nach Kriegsende 46 Jahre gedauert habe, bis man sich dazu entschieden habe, ein Denkmal für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu errichten und 56 Jahre, bis man sich an die Verbrechen an den Zwangsarbeitern erinnert habe. Er könne es daher nicht nachvollziehen, dass man noch im Jahre 2011 über die Benennung einer Straße nach einer Protagonistin des nationalsozialistischen Systems diskutieren müsse.

Herr Waldschmidt entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Dr. Fischer, Agnes Miegel habe noch nach der „Reichskristallnacht“ und bis zum Ende des Regimes Elogen auf Hitler verfasst. Sie habe die „Blut- und Boden-Ideologie“ vertreten und sei auch nach Ende des Dritten Reiches mit ihrer früheren Haltung nie kritisch umgegangen. Er persönlich wolle nicht in einer Straße wohnen, die nach Agnes Miegel benannt sei.

Herr Santillán erläutert, eine Umbenennung wäre für die vierzehn Anlieger der Straße ein „technischer“ und nur in begrenztem Maße finanzieller Nachteil. Durch eine Ehrung von Agnes Miegel würden die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnt, was er für einen wesentlich größeren Schaden für die Stadt Bergisch Gladbach erachte. Er stelle sich nach eigener Abwägung auf die Seite der Opfer des Nationalsozialismus.

Herr Wagner beantragt den Schluss der Aussprache.

Herr Hoffstadt spricht sich gegen diesen Antrag aus. Die CDU-Fraktion wolle die Diskussion an einem Punkt abbrechen, an dem es für sie „peinlich“ werde. Die CDU-Fraktion unterwerfe sich opportunistisch dem Wählerwillen, anstatt sich den Argumenten der Ausschussmitglieder und der Verwaltung zu stellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Antrag auf Schluss der Aussprache mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, und DIE LINKE./BfBB an.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benennt die CDU Herrn Höring und die KIDinitiative Herrn Schütz.

Mit diesen Vorschlägen zeigen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einvernehmlich einverstanden.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer dem Beschlussvorschlag zustimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer diesen ablehnen wolle, der kreuze „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle, der kreuze „Enthaltung“ an.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 0123/2011 abstimmen.

Es werden 18 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Mit „Ja“ stimmen sieben, mit „Nein“ stimmen elf Ausschussmitglieder.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst damit mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

Der Beschlussvorschlag, die Agnes-Miegel-Straße im Ortsteil Refrath in „Edith-Stein-Straße“ umzubenennen, wird abgelehnt.

Herr Urbach erläutert, die Anwohner hätten ihm gegenüber angeregt, unter dem vorhandenen Straßenschild ein ergänzendes Hinweisschild anzubringen, mit dem darauf hingewiesen werde, dass der Name Agnes Miegel nicht unkritisch zu betrachten sei. Er danke den Anwohnern für diese Anregung. Die Verwaltung werde diesbezüglich einen Vorschlag erarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss vorlegen. Auch dem Vorschlag von Herrn Mömkes, den Namen Edith Stein in die Liste der für künftige Straßenbenennungen in Frage kommenden Namen aufzunehmen, könne die Verwaltung folgen. Herr Urbach fragt die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses, ob sie mit diesen Vorschlägen einverstanden seien.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses zeigen sich mit diesen Verfahrensvorschlägen einvernehmlich einverstanden.

8. Regulierung des Wasserstandes durch Installation einer Pumpstation im Zaubersee in Refrath
0027/2011

Herr Schäfer weist darauf hin, dass inzwischen die Zustimmung der Kommunalaufsicht zu dem erforderlichen Mitteltausch vorliege. In diesem Kontext habe der Kreis auch signalisiert, dass die Investitionsliste an die Bezirksregierung weitergeleitet worden sei, mithin also „die erste Hürde genommen“ habe.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **ergänzte Beschlussempfehlung** zu geben:

Es wird vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zur beabsichtigten Bereitstellung der Investitionsmittel von 61.000,- EUR sowie der jährlichen Folgekosten von ca. 4.500,- EUR für Unterhaltung und Wartung und der erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis beschlossen, im Zaubersee in Refrath eine Pumpstation mit Druckleitung zum Saaler Mühlentbach zu installieren und den Wasserpegel auf 70,3 m über NN zu halten.

9. Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2010 in das Haushaltsjahr 2011 im Kernhaushalt
0132/2011

Herr Dr. Fischer fragt, ob die I-Aufträge I 77512302 und I 77512303 tatsächlich dringlich seien und sich nicht um ein bis zwei Jahre verschieben ließen. Der Haupt- und Finanzausschuss könne seine Beschlussempfehlung vorbehaltlich des Ergebnisses einer Klärung dieser Frage geben und der zuständige Fachausschuss sich in seiner nächsten Sitzung mit der Thematik befassen.

Herr Schmickler antwortet, die Erweiterung des Friedhofes Herkenrath und der Einbau der Grabkammern sei mehrfach über Jahre hinweg beraten worden. Der Erweiterung liege eine kritisch hinterfragte Bedarfsermittlung zu Grunde. Auf dem Friedhof Herkenrath könnten auf Grund seiner Topographie nur noch sehr eingeschränkt klassische Erdgrabstellen eingerichtet werden. Dies sei der Grund für die Lösung eines Einbaus von Grabkammern. Er sehe keine Möglichkeit, diese sich aus der Bedarfsplanung ergebende Investition noch einmal grundsätzlich in Frage zu stellen, da die Nachfrage nach Grabstellen steige.

Herr Waldschmidt erläutert, in der Begründung des I-Auftrages I 76014348 werde in der Vorlage ausgeführt, die Maßnahme „stadt :gestalten“ sei begonnen worden. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, inwiefern die Maßnahme Stadtboulevard Gohrsmühle bereits begonnen wurde. Zum I-Auftrag I 77014301 bittet er um Information, um welche Maßnahme es sich dabei handele.

Herr Schmickler antwortet, die Regionale müsse als Gesamtpaket gewertet und umgesetzt werden. Daher werde die Regionale auch in der Vorlage als insgesamt begonnene Maßnahme dargestellt und dies an mehreren Stellen in den einzelnen Begründungen aufgeführt. Ergänzende Informationen würden bis zu den Fraktionssitzungen am kommenden Montag nachgereicht.

Herr Santillán äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion DIE LINKE./BfBB, obwohl sie einigen einzelnen Maßnahmen zustimmen könnte. Die Liste mache jedoch deutlich, dass der Eigenanteil der Stadt an der Regionale höher sei, als es öffentlich dargestellt werde. Es gebe wichtigere Investitionen als die Verschönerung des Stadtbildes; z.B. die Sanierung der Schulen.

Herr Urbach bittet die Ausschussmitglieder, aus zeitökonomischen Gründen nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit Grundsatzreden zur Regionale zu halten.

Herr Santillán bittet den Bürgermeister, auf Maßregelungen zu verzichten. Es sei sein gutes Recht, seine Meinung zu äußern.

Herr Urbach entgegnet, seine Funktion als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses gebe ihm das Recht, Anmerkungen zu machen.

Herr Ziffus erläutert, die Ausschussmitglieder wüssten, dass es vor dem Hintergrund der Thematik „Kreisel“ eigentlich nicht sinnvoll sei, die Punkte Stadtkante und Stadtboulevard Gohrsmühle zum jetzigen Zeitpunkt anzugehen. Er fragt, ob es möglich sei, diese Aufträge mit ggf. auftretenden Erhöhungen an anderer Stelle zu verrechnen.

Herr Urbach antwortet, dies müsste vom Deckungskreis umfasst sein. Auch dies werde die Verwaltung bis zu den Fraktionssitzungen aufbereiten.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der SPD, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Übertragung von Ermächtigungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2010 in das Haushaltsjahr 2011 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage wird zugestimmt.

**10. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 24.02.2011 zur Genehmigung einer Dienstreise nach Herne
0094/2011**

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW über die Genehmigung einer Dienstreise Herrn Iyiliks (Vorsitzender des Integrationsrates) am 19.03.2011 wird hiermit genehmigt.

**11. Genehmigung von Dienstreisen von Mitgliedern des Integrationsrates
0095/2011**

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Dienstreisen des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herr Iyilik, am 18.06.2011 nach Herzogenrath und am 24.09.2011 nach Gladbeck werden genehmigt.**
- 2. Die Dienstreise der Mitglieder des Integrationsrates Herr Cromme und Herr Basyigit am 26.11.2011 nach Duisburg wird genehmigt. Diese Genehmigung gilt im Vertretungsfall auch für Herrn Schütz (Vertreter Herrn Crommes) und für Frau Krämer (Vertreterin für Herrn Basyigit).**

**12. Aufhebung des Handlungsrahmens für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates
0011/2011**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat hebt den Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates auf.

**13. HSK Maßnahme 4.400.3, Schülerspezialverkehre
0121/2011**

Auf Grund von Befangenheit übergibt Herr Urbach die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses, Herrn Dr. Fischer, und begibt sich in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Dr. Bauemle-Courth bittet um Berichterstattung über die Beratung in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Frau Lehnert verliest das Beratungsergebnis des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Herr Kamp erläutert, in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW sei deutlich geworden, dass der Prozess erheblich hätte verkürzt werden kön-

nen, wenn die Verwaltung im Vorfeld auf die betroffenen Eltern zugegangen wäre. Dies solle die Verwaltung künftig berücksichtigen.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass das Erreichen des Linienbusses für Grundschüler problematisch sein könnte. Er fragt, ob dies in den Sitzungen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW oder des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport thematisiert worden sei und ob es diesbezüglich Optimierungsmöglichkeiten gebe.

Der Leiter der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden, Herr Rockenberg, berichtet über die Beratung der Vorlage Nr. 0089/2011 in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW am 23.03.2011, die in der Niederschrift über die Ausschusssitzung wiedergegeben wird.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass der Ausschuss einen guten Beitrag zur Kommunikation zwischen Bürgern und Rat habe leisten können.

Herr Schmickler antwortet auf Nachfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth, der vorliegende Beschlussvorschlag sei eine Abweichung vom beschlossenen Haushaltssicherungskonzept, nach dem die Schülerspezialverkehre komplett hätten eingestellt werden müssen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Rahmen des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes Möglichkeiten zu prüfen, den Schülerspezialverkehr aus Oberkülheim und Löhe in einem verringerten Umfang aufrecht zu halten.

Herr Dr. Fischer übergibt die Sitzungsleitung wieder an Herrn Urbach.

14. Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrganges 2013 *0063/2011*

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion werde sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Vorlage anschließen und bittet um Darstellung des Abstimmungsverfahrens.

Herr Urbach erläutert die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, die er dem Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung stellen werde.

Frau Lehnert weist darauf hin, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nicht nur über die einzelnen Punkte des Antrages gesondert, sondern abschließend auch über den Antrag insgesamt Beschluss gefasst habe.

Herr Waldschmidt bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Herr Urbach lässt daraufhin in getrennter Abstimmung über die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dem Rat folgende **Beschlussempfehlungen** zu geben:

Für die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, stimmen CDU, KIDinitiative und Bürgermeister (neun Ja-Stimmen), dagegen stimmen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP

und DIE LINKE./BfBB (neun Nein-Stimmen). Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt damit bei Stimmengleichheit die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, ab.

Für die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, stimmen sechs Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses aus den Reihen der CDU und der Bürgermeister (sieben Ja-Stimmen), dagegen stimmen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB (sieben Nein-Stimmen). Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt damit bei Stimmengleichheit die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, ab.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 3 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, wird mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB angenommen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 4 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, wird mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB angenommen.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, Ziffer 5 des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzulehnen, wird mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BFBB angenommen.

15. Anmietung einer Bewegungshalle für die VHS
0097/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Anmietung der Bewegungshalle der VHS Bergisch Gladbach wird zugestimmt. Der Beschluss der HSK-Maßnahme 4.430.1 „Kostenreduzierung für VHS-Bewegungshalle durch Abmietung des Mehrzweckraumes, Verlagerung des Bewegungsangebotes in städtische Hallen“ vom 14.12.2010 wird wie dargestellt modifiziert.

16. III. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung
0586/2010

Unter Verweis auf die Darstellung der Verwaltung in der mit der Einladung übersandten Stellungnahme empfiehlt Herr Urbach den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses, der Beschlussempfehlung des Vergabeausschusses zur Reduzierung der Wertgrenze auf 50.000,- EUR nicht zu folgen und diese bei 75.000,- EUR zu belassen.

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion sei auf Grund der Darstellung der Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass der Verwaltungsaufwand im Bereich 50.000,- EUR bis 75.000,- EUR sehr hoch wäre und daher keine Reduzierung der Wertgrenze auf 50.000,- EUR erfolgen solle.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert unter Verweis auf den den Sitzungsunterlagen beigefügten Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Vergabeausschusses, er halte die vom Vergabeaus-

schuss empfohlene Formulierung zu Ziffer 1.4 der Vergabeordnung („Bei Beschaffungsvorgängen sollen (...)“) für unzureichend. Er schlage daher folgende Formulierung vor: „Bei Beschaffungsvorgängen werden auch umweltbezogene, innovative und soziale Aspekte berücksichtigt.“ Auch mit dieser Formulierung habe die Verwaltung noch genügend Abwägungs- und Handlungsspielraum.

Herr Urbach antwortet, dies sei ausführlich diskutiert worden. Die Formulierung „sollen“ verpflichte die Verwaltung zu dem aufgeführten Handeln, sofern kein zwingender Grund dagege spräche.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet darum, seine Ausführungen zu Protokoll zu nehmen.

Herr Waldschmidt ergänzt, bei der vom Vergabeausschuss empfohlenen Formulierung handele es sich um einen Kompromissvorschlag, an dem die SPD-Fraktion festhalte.

Herr Urbach fragt, ob Einvernehmen bestehe, dass der Haupt- und Finanzausschuss über die Beschlussempfehlung wie vorhergehend dargestellt Beschluss fasse.

Dazu signalisieren die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses ihr Einvernehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Beschlussempfehlung des Vergabeausschusses, die Wertgrenze in Ziffer 3.2 Buchstabe b) der Vergabeordnung auf 50.000 EUR herabzusetzen, wird nicht beschlossen. Im Übrigen wird der Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Vergabeausschusses beschlossen.

17. VII. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach 0131/2011

Herr Waldschmidt äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die SPD-Fraktion. Die SPD-Fraktion habe bereits in den Haushaltsplanberatungen ein „Gesamtpaket“ gefordert. Die Hundesteuer habe einen eher ordnungspolitischen Charakter; die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion hätten die Erhöhung der Hundesteuer aber ins Spiel gebracht, um Differenzen in ihren Haushaltsplanberechnungen ausgleichen zu können. Dabei handele es sich um eine „Schröpfung“ der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Santillán schließt sich den Ausführungen von Herrn Waldschmidt für die Fraktion DIE LINKE./BfBB an. Es handele sich um eine „Abzockerei“ der Hundehalter zum Ausgleich für Fehler, die an anderer Stelle gemacht worden seien. Er fragt, ob Hunde haltende Ausschussmitglieder zu diesem Tagesordnungspunkt möglicherweise befangen seien und sich in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales begeben müssten.

Dies wird von Herrn Urbach verneint. Er weise jedoch darauf hin, dass die Ausschussmitglieder verpflichtet seien, ihre Befangenheit vor der Beratung des jeweiligen Tagesordnungspunktes anzuzeigen und sich dann an den Beratungen nicht beteiligen dürften.

Herr Mömkes hält die vorgeschlagene moderate Erhöhung der Hundesteuer für absolut gerechtfertigt, insbesondere in Bezug auf das Halten mehrerer Hunde, da es sich um eine Maßnahme handele, die auch regulierend wirken solle. Er selbst habe in seinem Wohnumfeld die Erfahrung gemacht, dass Hunde die Straße und eine städtische Grünanlage in nicht unerheblichem Umfang verschmutzen, wodurch der Stadt hohe Kosten entstünden, an denen die Hundehalter auch zu beteiligen seien. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Herr Santillán entgegnet, es handele sich nicht um eine Gebühr, sondern um eine Steuer. Die städtischen Grünanlagen würden durch die Stadt faktisch nicht von Hundekot gereinigt. Die Ausführungen von Herrn Mömkes seien vorgeschoben, denn es werde fälschlicher Weise suggeriert, die Einnahmen würden für eine Reinigung verwendet. Andere Städte – nicht jedoch die Stadt Bergisch Gladbach – würden Automaten mit Utensilien für die Aufnahme von Hundekot zur Verfügung stellen. Die Mehreinnahmen würden ausschließlich zur Sanierung des Haushaltes verwendet.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Auch die FDP-Fraktion halte die Erhöhung für gerechtfertigt, rege jedoch eine Prüfung durch die Verwaltung an, inwieweit es möglich sei, einen Teil der Einnahmen zur Aufstellung von Tütenspendern zur Aufnahme von Hundekot zu verwenden.

Herr Hoffstadt beantragt, einen derartigen Tütenspender an der mit Hundekot stark verschmutzten Wilhelm-Klein-Straße zu platzieren. Er sei nicht der Auffassung, dass das Hundekot-Problem mit Steuererhöhungen gelöst werden könne. Es müssten vielmehr Möglichkeiten zur Beseitigung des Hundekots geschaffen werden.

Herr Urbach erläutert, Steuern seien allgemeine, und keine zweckgebundenen Einnahmen. Die Verwaltung werde zur Ratssitzung darstellen, welche Erfahrung die Stadt mit der Aufstellung von Tütenspendern gemacht habe und welche Kosten damit verbunden seien. Er schlage vor, den Antrag von Herrn Hoffstadt vor diesem Hintergrund zurückzustellen. Anderenfalls müsse er Herrn Hoffstadt um die Unterbreitung eines Deckungsvorschlages bitten.

Der Antragsteller und die übrigen Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses zeigen sich mit diesem Vorschlag einvernehmlich einverstanden.

Herr Schütz bittet die Verwaltung, analog zu der in der Vorlage enthaltenen Tabelle den Ratsmitgliedern auch Vergleichszahlen in Bezug auf die Steuerhöhe für sog. „Kampfhunde“ bzw. „gefährliche Hunde“ in mit der Stadt Bergisch Gladbach vergleichbar großen Städten zur Verfügung zu stellen. Zudem bittet er um Auskunft über die Ergebnisse der im Verlaufe der Haushaltsberatungen initiierten Prüfung der Verwaltung in Bezug auf die Möglichkeiten der Erhöhung der Vergnügungssteuer.

Herr Urbach antwortet, auf Seite 4 der Vorlage werde dargestellt, dass die Stadt Bergisch Gladbach mit ihrem Steuersatz bereits an der Obergrenze der bisher in Nordrhein-Westfalen erhobenen Steuersätze für sog. „gefährliche Hunde“ liege. Die Prüfung in Bezug auf die Vergnügungssteuer werde derzeit durchgeführt, habe jedoch auf Grund krankheitsbedingter Ausfälle bisher nicht abgeschlossen werden können.

Herr Waldschmidt kann nicht nachvollziehen, wie durch eine Erhöhung der Hundesteuer das Hundekot-Problem gelöst werden kann. Dazu müssten geeignete Möglichkeiten zur Kotbeseitigung bereitgestellt werden. Wenn auch dies nicht zum Erfolg führe, müsse die Ordnungsbehörde die Ordnungswidrigkeiten verstärkt ahnden. Er bitte außerdem um Berücksichtigung der sozialen Komponente der Hundehaltung insbesondere für ältere Menschen, die finanziell oftmals nicht gut gestellt seien. Vor diesem Hintergrund solle auf eine Erhöhung der Steuer für den Ersthund verzichtet und eher die Steuer für jeden weiteren Hund stärker erhöht werden, was auch eine tatsächliche ordnungspolitische Funktion erfüllen würde. Es sei mit dem Protest der Hundehalter zu rechnen, dem die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion vielleicht wieder nachgeben müssten.

Herr Kamp erläutert, es gehe vorliegend um eine fiskalpolitische Entscheidung; die ordnungspolitische Regelung müsse durch eine Ordnungsbehördliche Verordnung erfolgen. Gerade in Refrath werde das Hundekot-Problem z.B. am Kahnweiher besonders deutlich.

Herr Santillán schließt sich dem Vorschlag von Herrn Hoffstadt an. Es könne auch über eine ehrenamtliche Betreuung der Tütenspender durch Anwohner und über die Ausweisung von Hundeflächen nachgedacht werden, die durch die Stadt regelmäßig gereinigt würden.

Herr Schütz schließt sich den Ausführungen von Herrn Waldschmidt an. Die Erhöhung der Steuer für den Ersthund in Höhe um ca. 10% solle moderater ausfallen und dafür jeder weitere Hund stärker besteuert werden.

Herr Mömkes entgegnet, die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer für den Ersthund betrage lediglich 83 Cent pro Monat. Die Ausschussmitglieder sollten sich dieser Relation bewusst sein.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die VII. Nachtragsatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

18. Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen über die Durchführung des Rettungsdienstes in Odenthal sowie über die notärztliche Versorgung in Overath, Rösrath und Kürten

0119/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises und dem Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach über die Durchführung des Rettungsdienstes im Gebiet der Gemeinde Odenthal durch den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.**
2. **Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die notärztliche Versorgung in den Städten Overath und Rösrath sowie in der Gemeinde Kürten durch den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.**

19. Anträge der Fraktionen

19.1 Anträge zur Änderung der „III. Nachtragsatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern“

a. gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 15.02.2011

b. Antrag der FDP-Fraktion vom 15.02.2011

0070/2011

Herr Waldschmidt bittet um Konkretisierung der Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage, dass in nicht unerheblichem Umfang neu beschieden werden müsse.

Herr Urbach antwortet, es müssten neue Beitragsbescheide erstellt werden, wodurch Mehraufwand entstehe. Eine genaue Zahl könne er nicht benennen; dies müsse die Verwaltung eruieren.

Herr Santillán wiederholt die der Vorlage als Anlage beigefügten Anträge der Fraktion DIE LINKE./BfBB, den Rechtszustand vor der Satzungsänderung am 14.12.2010 wieder herzustellen und Eltern mit einem Jahreseinkommen von unter 25.000,- EUR von der Beitragspflicht zu befreien.

Herr Zalfen bittet den Leiter der Zentralen Stelle für Anregungen und Beschwerden, Herrn Rockenberg, um einen Bericht über den Beratungsverlauf aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW.

Herr Rockenberg berichtet über die Beratung der Vorlage Nr. 0105/2011 in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW am 23.03.2011. Herr Zalfen ergänzt diesen Bericht durch eigene Ausführungen. Der Beratungsverlauf wird in der Niederschrift über die Ausschusssitzung wiedergegeben.

Herr Mömkes erläutert, die Verwaltung habe die von den Beitragserhöhungen betroffenen Eltern Anfang des Jahres über die nach pauschalierten Berechnungen zu erwartenden Beitragshöhen informiert. Dies habe natürlich zur Folge, dass auf Grund der Einkommensnachweise der Eltern neue Bescheide erstellt werden müssen. Man könne mit Sicherheit davon ausgehen, dass ein Großteil dieser neuen Bescheide bis heute noch nicht abgearbeitet sei. Er sei daher der Meinung, dass die sich aus einer Satzungsänderung ergebende Mehrarbeit einen überschaubaren Umfang habe, da dies in den ohnehin neu zu erstellenden Bescheiden berücksichtigt werden könne.

Herr Kamp fragt, ob es rechtlich überhaupt zulässig sei, eine beschlossene Satzung nachträglich zu ändern.

Dies wird von Herrn Urbach unter Hinweis auf den Beschluss einer neuen Nachtragssatzung bejaht.

Herr Waldschmidt erläutert, von der mit der III. Nachtragssatzung beschlossenen Beitragserhöhung sei vor dem Hintergrund der Wahlkampfaussagen des neuen Bürgermeisters, Bergisch Gladbach zur kinder- und familienfreundlichsten Stadt Nordrhein-Westfalens zu machen, ein völlig falsches Signal ausgegangen. Das Verfahren sei auf Grund seiner Kurzfristigkeit und des Umfangs der Beitragserhöhungen zudem „handwerklich völlig dilettantisch“ abgelaufen.

Herr Urbach entgegnet, die Kinderfreundlichkeit der Stadt Bergisch Gladbach zeichne sich durch das hervorragende Kinderbetreuungsangebot aus. Es dürfte auch der SPD-Fraktion nicht verborgen geblieben sein, dass er bei seinem Amtsantritt eine sehr unerfreuliche Haushaltssituation vorgefunden habe. Die SPD-Fraktion habe ihre Bereitschaft zur Haushaltskonsolidierung geäußert, sich dann aber geweigert, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Stattdessen habe die SPD-Fraktion der Verwaltung den „Schwarzen Peter“ zugesteckt, den er auch übernommen habe. Die III. Nachtragssatzung sei „handwerklich sauber“ erarbeitet worden. Die durch die nun zu entscheidenden Anträge entstehende Mehrarbeit werde die Verwaltung pflichtgemäß leisten.

Herr Dr. Fischer ergänzt, die Beitragserhöhung sei nichts weiter als eine Anpassung der relativen Beitragshöhe für „besser verdienende“ Eltern an die relative Beitragshöhe für Eltern mit einem Jahreseinkommen bis 80.000,- EUR. Eltern mit einem Jahreseinkommen über 80.000,- EUR seien den anderen Eltern gegenüber in Bezug auf die relative Beitragshöhe bisher bevorzugt worden. Darüber sei mit den Eltern ausführlich gesprochen worden, wobei diese darauf hingewiesen hätten, dass dieser Vergleich nicht zutreffe, da der Anteil der Beitragshöhe am Nettoeinkommen höher sei. Dies habe ein Steuerberater überprüft und den Eltern aufzeigen können, dass die relative Belastung in Bezug auf die Höhe der Brutto- und Nettoeinkommen gleichmäßig verlaufe. Die FDP-Fraktion vertrete die Auffassung, die Beitragserhöhung solle in diesem Jahr abgemildert und anschließend in der am 14.12.2010 beschlossenen Höhe durchgeführt werden. Zudem habe die FDP-Fraktion ergänzende Anträge gestellt, die der Vorlage als Anlage 2 beigefügt sind.

Herr Schütz schließt sich diesen Ausführungen prinzipiell an. Das Problem habe in der Kurzfristigkeit der Beitragserhöhung bestanden. Er beantragt für die Fraktion KIDinitiative, der Rat möge beschließen, die Anwendung der III. Nachtragssatzung bis auf weiteres auszusetzen und die Satzung

in dem einzurichtenden Arbeitskreis zu überarbeiten, so wie es auch die SPD-Fraktion beantragt habe.

Herr Urbach weist darauf hin, dass der Rat dazu aus formalen Gründen einen Satzungsbeschluss fassen müsste, mit dem der Rechtszustand vor dem Satzungsbeschluss in der Sitzung des Rates am 14.12.2010 wieder hergestellt, also die Satzung in ihrer damaligen Fassung wieder in Kraft gesetzt werde.

Herr Kamp beantragt, der Rat möge eine Resolution an das Land Nordrhein-Westfalen beschließen, die Kommunen mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten, um keine Elternbeiträge für die Tagesbetreuung von Kindern mehr erheben zu müssen.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, dass das Land derzeit die Gesetzeslage überarbeite. Vor diesem Hintergrund solle die von Herrn Kamp beantragte Resolution nicht beschlossen werden und der Rat dem Antrag der SPD-Fraktion folgen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative, den Rechtszustand vor der Satzungsänderung am 14.12.2010 wieder herzustellen, abstimmen.

Für den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion KIDitiative stimmen SPD, DIE LINKE./BfBB und KIDitiative, gegen den Antrag stimmen CDU, FDP und Bürgermeister bei einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt den Antrag damit mehrheitlich ab.

Herr Urbach lässt daraufhin über die Ziffern 1. und 2. des der Vorlage als Anlage 4 beigefügten Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Ziffer 1. des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB (Anlage 4 zur Vorlage) wird abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Ziffer 2. des Antrages der Fraktion DIE LINKE./BfBB (Anlage 4 zur Vorlage) wird abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig bei je einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Die IV. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern wird beschlossen.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beschluss der landesgesetzlichen Regelung zur Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres aber spätestens im September 2011 einen interfraktionellen Arbeitskreis einzuberufen, um die Gestaltungsmöglichkeiten der Bei-**

tragssatzung zum 01.08.2012 – unter Berücksichtigung der Kriterien Beitragsgerechtigkeit und nachhaltige Erwirtschaftung von 19% der Betriebskosten – umfassend zu erörtern, so dass spätestens in der letzten Sitzung des Rates in 2011 ggf. eine geänderte Satzung beschlossen werden kann.

**19.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE/BfBB zum Beschluss eines einheitlichen Bau-
landmanagements**

0662/2010

Herr Santillán hält es für sehr verwunderlich, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann der Auffassung sei, der Haupt- und Finanzausschuss müsse sich zunächst mit der Sache befassen. Der Antrag sei dem Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zur vergangenen Sitzung nicht vorgelegt worden, obwohl dieser fristgerecht eingereicht und vom Planungsausschuss überwiesen worden sei. Das Vorgehen der Verwaltung gleiche einem „Tollhaus“.

Herr Urbach weist diesen Vorwurf zurück. Wie aus dem der Vorlage beiliegenden Antragstext ersichtlich, habe die Fraktion DIE LINKE./BfBB selbst eine Behandlung im Planungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beantragt. Dem sei die Verwaltung nachgekommen und habe in der Vorlage dargelegt, dass der Antrag nach der Zuständigkeitsordnung in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann falle und habe dementsprechend dem Planungsausschuss und dem Haupt- und Finanzausschuss die Überweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann empfohlen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird an den zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen.

19.3 Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ausschlusskriterien für Ehrungen

0092/2011

Herr Dr. Fischer beantragt für die FDP-Fraktion die folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages der Verwaltung zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „Es wird empfohlen, zukünftig für städtische Ehrungen und bei der Benennung von Straßen nach Personen (...)“. Unter dieser Voraussetzung könne die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion in Ergänzung dieses Änderungsantrages der FDP-Fraktion folgende Änderungen zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „Der Satz „Soweit bei einer bestehenden Ehrung das Vorliegen eines der benannten Ausschlusskriterien bekannt wird, ist diese Ehrung zeitnah zurück zu nehmen.“ wird ersatzlos gestrichen und die aufgeführten Ausschlusskriterien um die Kriterien „Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihrer Nachfolgeorganisationen“ und „Inoffizielle und offizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ ergänzt.

Herr Schütz schließt sich diesen Ausführungen an. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN setze derart hohe Maßstäbe, dass er Realitätsnähe vermissen. Viele Menschen müssten in kritischen Situationen tragische Entscheidungen fällen und dies mache das menschliche Leben aus. Die

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragte rückwirkende Überprüfung der Straßennamen könnte z.B. auch ergeben, die Benennung der Martin-Luther-Straße zurücknehmen zu müssen, da Luther auch antisemitische Reden gehalten habe. Dies ginge ihm jedoch deutlich zu weit. Die von der CDU-Fraktion beantragte Berücksichtigung weiterer unmenschlicher Regime und ihrer Vertreter, insbesondere des Kommunismus' und des DDR-Regimes sei eine wichtige Ergänzung der Ausschlusskriterien.

Herr Dr. Baeumle-Courth hält die permanente Hinweise auf die vermeintliche DDR-Vergangenheit einer Partei für unangebracht. Die CDU solle sich diesbezüglich auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen DDR-Vergangenheit zurückhalten. Es gehe der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nur um das im Antrag bezeichnete Thema, zu dem nach seiner Auffassung eigentlich Konsens bestehe. Die Ergänzung „künftig“ müsse in den Antrag nicht aufgenommen werden, denn es sei nicht die Intention des Antrages, den Beschluss zur Agnes-Miegel-Straße zurückzunehmen.

Herr Santillán hält es für unglücklich, die Geschichte des Nationalsozialismus mit der Geschichte der DDR gleichzusetzen. Dies werde den Opfern beider Regime nicht gerecht. Eine bloße Mitgliedschaft in den Massenorganisationen NSDAP und SED sei als Ausschlusskriterium nicht ausreichend, aber die Geschichte ehemaliger Mitglieder müsse vor einer eventuellen Ehrung genau überprüft werden. Er schlage jedoch vor, die Ausschlusskriterien auch um die Mitgliedschaft in einer der ehemaligen Blockparteien der DDR (u.a. auch der CDU), die z.B. auch dem „Schießbefehl“ nicht widersprochen hätten, und in der Freien Deutschen Jugend zu erweitern. Das polemische Vorgehen der CDU-Fraktion, die Partei DIE LINKE. als Nachfolgeorganisation der SED zu bezeichnen und damit mit Verbrechen in einen Topf zu werfen, halte er für eine Unverschämtheit, die er in aller Schärfe zurückweise.

Herr Haasbach schlägt vor, den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, Ergänzungsanträge zu formulieren und den Beschluss über den Antrag mit Zustimmung der Antragstellerin zu vertagen. Die derzeitige Diskussion sei diesbezüglich nicht Ziel führend.

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert sein Einverständnis zu diesem Vorschlag. Das Thema solle sachlich beraten werden.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, vor einer weiteren Behandlung im Ausschuss den Ältestenrat mit der Angelegenheit zu befassen.

Herr Urbach bittet die Fraktionen, ihre Hinweise schriftlich bis Mitte April an die Verwaltung zu richten, damit der Ältestenrat die Thematik vor einer erneuten Befassung des Haupt- und Finanzausschusses beraten könne.

Herr Waldschmidt ergänzt, die Verwaltung solle sich auch erkundigen, ob andere Kommunen ähnliche Regelungen getroffen hätten, an deren Kriterien sich die Stadt Bergisch Gladbach orientieren könne.

Herr Urbach schlägt vor, dazu den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen als zentralen Ansprechpartner zu kontaktieren.

Mit diesen Verfahrensvorschlägen zeigen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einvernehmlich einverstanden.

20. Anfragen der Ausschussmitglieder

20.1 Anfrage der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDinitiative vom 19.02.2011 zu Forderungen der Stadt Bergisch Gladbach in Bezug auf die Ge-

werbsteuer, Grundsteuer, Gebühren und Elternbeiträge
0126/2011

und

20.2 **Anfrage der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDitiative vom 20.02.2011 zu den Wirtschaftsplänen der BäderGmbH und der GL Service gGmbH**
0125/2011

und

20.3 **Anfrage der FDP-Fraktion vom 22.02.2011 zur Wärmeversorgung des Schulzentrums Saaler Mühle**
0117/2011

und

20.4 **Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.03.2011 zum Tourismus in Bergisch Gladbach**
0135/2011

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlagen zur Kenntnis.

20.5 **Mündliche Anfragen**

Herr Schütz: Anfrage zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern

Herr Schütz fragt zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern, ob die von einem bestimmten Fragesteller gestellten Fragen zwischenzeitlich durch die Verwaltung beantwortet worden seien. Dieser habe in einer Fachausschusssitzung darauf hingewiesen, dass ihm die Daten noch nicht vorlägen.

Herr Urbach antwortet, nach seiner Kenntnis seien alle bei der Verwaltung zu dieser Thematik eingegangenen Fragen zwischenzeitlich beantwortet worden.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Durchführung des Winterdienstes auf Zuwegen zu Kindertagesstätten und Schulen

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob die Verwaltung überprüfe, im Winterdienstplan Ergänzungen bezüglich der Räumung von Zuwegen zu Kindertagesstätten und Schulen vorzunehmen. Diese Zuwege seien an einigen Wintertagen teilweise nicht geräumt worden.

Herr Urbach antwortet, die Problematik sei der Verwaltung bekannt; zusätzliche Wege könnten in den Winterdienstplan jedoch nicht aufgenommen werden. Die Verwaltung gebe den Einrichtungen gerne Hinweise zu privaten Räumdiensten. Das Problem bestehe oft jedoch darin, dass Anwohner ihrer Räumspflicht nicht nachkämen. Wenn der Verwaltung entsprechende Hinweise gegeben würden, werde sie diesbezüglich tätig.

Herr Kamp: Anfrage zur Friedhofssatzung

Herr Kamp fragt, ob die Friedhofssatzung dahingehend wieder geändert werden könne, dass angeleinte Hunde auf Friedhöfen mitgeführt werden dürfen. Damit würde man insbesondere älteren Menschen entgegenkommen.

Herr Urbach antwortet, es sei unerfreulich, wenn Verbote für alle eingeführt werden müssten, nur weil einige wenige Menschen sich nicht korrekt verhielten. Er schlage vor, einige Zeit zu beobachten, ob die jetzige Regelung zu Verbesserungen führe und die Regelung danach ggf. zu überdenken.

Herr Kamp: Anfrage zu der von ihm beantragten Resolution

Herr Kamp fragt, ob der Bürgermeister über die von ihm unter TOP A 19.1 beantragten Verabschiedung einer Resolution abstimmen lassen werde oder ob er dies schriftlich einreichen solle.

Herr Urbach antwortet, es sei schwierig, über eine Resolution abzustimmen, deren Inhalt nicht genau bekannt sei. Es wäre daher hilfreich, wenn die Fraktion Freie Wähler einen entsprechenden Formulierungsvorschlag unterbreiten würde.

5. Prüfauftrag Auflösung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH (SVB)
0077/2011

Herr Urbach weist darauf hin, dass die Vorlage öffentlich beraten werden könne. Wenn seitens der Ausschussmitglieder im Verlaufe der Beratung eine Erörterung nicht öffentlicher Angelegenheiten gewünscht werde, würden diese in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Auch könne die Vorlage der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt werden, da diese personenbezogene Daten und auch Angaben zu Vergütungen enthalte.

Nach Erinnerung von Herr Waldschmidt hatte die FDP-Fraktion beantragt, die Beibehaltung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB) vor Allem unter finanziellen Aspekten zu überprüfen. Diesbezüglich liefere die Vorlage aber keine verwertbaren Informationen, sondern bestehe zu einem großen Teil aus einer Stellungnahme des Geschäftsführers der Gesellschaft, dessen Interesse es nicht sei, die Gesellschaft aufzulösen. Diese Ausführungen würden nicht verifiziert und seien nicht nachvollziehbar. In der Stellungnahme der Verwaltung würden die Kosten einer Auflösung der Gesellschaft bei Übernahme der Aufgaben durch die Verwaltung den durch die Gesellschaft verursachten Kosten nicht gegenübergestellt. Er wisse aus seiner eigenen Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft, dass dieser keine wesentlichen Beschlüsse fasse – was damit problemlos den zuständigen Ausschüssen übertragen werden könnte – und die Gesellschaft sich größtenteils „mit sich selbst beschäftige“. Die SPD-Fraktion beantrage daher, die Kosten vom Rechnungsprüfungsamt „durchleuchten“ zu lassen.

Herr Urbach antwortet, er nehme diesen Hinweis auf. Die personelle Situation im Rechnungsprüfungsamt sei den Ausschussmitgliedern bekannt; eine Prüfung werde daher Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Nagelschmidt schließt sich den Ausführungen von Herrn Waldschmidt in Bezug auf die inhaltliche Qualität der Vorlage an. Er erläutert, die CDU-Fraktion könne sich dem Vorschlag einer Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt anschließen, er halte dies jedoch nicht für Ziel führend, denn es sei eine Binsenweisheit, dass durch eine Auflösung der Gesellschaft Kosteneinsparungen erreicht werden könnten. Entscheidend sei die Klärung der Frage „Möglichkeit der Übernahme der freiwilligen Leistungen durch die Verwaltung in der derzeitigen Haushaltssituation“, denn niemand wolle das Schülerticket oder die übrigen Leistungen der Gesellschaft gefährden. Die Verwaltung solle diesbezüglich mit dem Landrat Gespräche führen.

Aus Sicht von Herrn Kamp soll der Rat sich mit der Anzahl der Gesellschaften der Stadt Bergisch Gladbach generell befassen. An den vielen Gesellschaften würden die Übersichtlichkeit des Haushaltes sowie die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten des Rates leiden. Im Zuge dieser generellen Überlegungen könne auch die SVB überdacht werden. Die Aufgaben der SVB könnten eventuell auch der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR übertragen werden.

Herr Dr. Fischer schließt sich diesen Ausführungen an.

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion verweise schon seit Jahren auf Einsparpotentiale durch eine Auflösung der SVB. Die anderen Fraktionen hätten diesbezüglich offensichtlich noch

Klärungsbedarf, der aber auch durch die Vorlage nicht gedeckt werden dürfte. Wenn aber auch die CDU-Fraktion nun die Einschätzung der SPD-Fraktion teile, könne eine weitere Prüfung unterbleiben und ein Auflösungsbeschluss gefasst werden.

Herr Urbach bittet die Fraktionen vor dem Hintergrund der Beratungen, ihre ergänzenden Fragen zu formulieren, damit die Verwaltung diese beantworten könne. Das Rechnungsprüfungsamt könne eine Gegenüberstellung der Kosten in Bezug auf eine Beibehaltung und Auflösung der SVB vorbereiten. Er selbst sei gerne bereit, mit der Kommunalaufsicht das Thema Übernahme der freiwilligen Leistungen der SVB durch die Verwaltung zu thematisieren. Danach könne der Haupt- und Finanzausschuss wieder mit der Thematik befasst werden. Zudem werde er das Zentrale Controlling bitten, einen ersten Vorschlag in Bezug auf die generelle Struktur der Gesellschaften zu erarbeiten, der zunächst im Ältestenrat und dann im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden könne.

Herr Mömkes erläutert, auch aus Sicht der CDU-Fraktion sei einer Verschlinkung der Struktur der Gesellschaften mit dem Ziel der Kostenersparnis und dem Erzielen von Synergieeffekten nichts entgegen zu setzen. Eine Entscheidung könne jedoch noch nicht getroffen werden, da noch keine Entscheidungsgrundlage vorliege. Zur Prüfung gehöre auch das Aufzeigen von Alternativen und Konsequenzen.

Herr Hoffstadt und die übrigen Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses zeigen sich mit dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters einverstanden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:38 Uhr.